

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1863

28.2.1863 (No. 50)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 28. Februar.

N. 50.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Eintendungsgebühr: die gepaltene Zeitungs- oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1863.

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellungen an auf den Monat März der Karlsruher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 27. Februar.

Ordensverleihungen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 7. Febr. d. J.

gnädigst bewogen gefunden: dem E. Daloz, avocat, député et président du Conseil général du Jura à Paris, das Ritterkreuz, und unter dem 15. Febr. d. J.

dem königlich preussischen Obersten Reinhold von Briesen, Kommandant der 22. Infanteriebrigade in Breslau, das Kommandantenkreuz zweiter Klasse des Ordens vom Röhrenorden zu verleihen.

Erlaubniß zur Annahme eines fremden Ordens.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 16. Febr. d. J.

gnädigst bewogen gefunden, dem Vorstand des großherzoglichen Hofsekretariats, Hoffinanzrath Kreidel, die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zu ertheilen, den ihm von Seiner Majestät dem König von Preußen verliehenen königlichen Kronen-Orden dritter Klasse anzunehmen und zu tragen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

Frankfurt, 27. Febr. Die „Europe“ bringt Mittheilungen über den Inhalt dreier Noten des Hrn. Droyn de Lhuys, die russisch-preussische Uebereinkunft betreffend: 1) an den französischen Gesandten zu Berlin zur Mittheilung an Hrn. v. Bismarck, freundschaftlich die Beachtung des Grundgesetzes der Nichttheilnahme empfehlend; 2) an das britische Kabinet, zu einer Verständigung über die Haltung gegenüber den möglichen Folgen der Uebereinkunft einladend; 3) an den französischen Gesandten zu Wien, Oesterreich wegen seiner Haltung beglückwünschend, und zu einer Vereinigung mit den Westmächten einladend, um eine dauernde Beruhigung Polens durch Zugeständnisse Russlands, den Verträgen entsprechend, zu erwirken. Ferner bringt das genannte Blatt die Inhaltsangabe einer vierten Note, nämlich der Antwort des englischen Kabinetts; dasselbe will mit Freuden zu dem von dem Kaiserlichem Kabinet bezeichneten Zwecke mitwirken.

Kassel, 26. Febr. (W. L. B.) Heute ist die Eisenbahn-Vorlage an die Ständeversammlung gelangt; die Bahn soll auf Staatskosten ausgeführt und zu dem Behuf eine Anleihe von 10 Mill. Thln. aufgenommen werden.

Igboe, 26. Febr. (W. L. B.) Der Präsident theilte der Ständeversammlung mit, daß er die von der Versammlung beschlossene Adresse dem Regierungskommissar zugesandt, der Kommissar aber dieselbe zurückgeschickt habe.

Breslau, 27. Febr. Die „Schles. Ztg.“ meldet aus Ostrowo, 26. d. M.: Die Fabrikstadt Opawoek bei Ostrowo ist von den Aufständischen genommen worden. Aus Ostrowo ist preussisches Militär an die Grenze gerückt. Wie die „Ostsee-Ztg.“ meldet, hat Mieroslawski die Insurgenten durch einen Tagesbefehl vom 19. d. benachrichtigt, daß die provisorische Nationalregierung ihm den Oberbefehl über den gesammten Aufstand übertragen hat. Das Geschehniß bei Radziejewo (wo bekanntlich Mieroslawski kommandirte) scheint unentschieden gewesen zu sein. Am 22. d. M. hat eine kurze Grenzüberschreitung einer preussischen Patrouille aus Breschen stattgefunden.

Zarnowitz, 26. Febr. (W. L. B.) Mittags kamen unter preussischer Husarenbegleitung russisches Beamtenpersonal, Kasse, Munition und Privatabfertigkeiten aus dem Grenzort Niesdara an. Die russischen Beamten Niesdara's haben von Kalisch aus das preussische Gebiet betreten, weil die Insurgenten im Anzuge waren. Man meldet der „Bresl. Ztg.“ aus Warschau, 24. Febr.: Mieroslawski ist nicht über die Grenze geflohen, sondern nach Kolo, Gouvernment Kalisch, gedrungen, wo er gestern und heute mit den Russen kämpfte. Langiewicz ist über die Weichsel gegangen und agirt im Lublinschen.

Krafau, 25. Febr. Aus Polen hier eingetroffene Nachrichten erzählen, die Russen stehen bei Siewierz nahe der ober-schlesischen Grenze. Langiewicz zieht ihnen entgegen, um die Eisenbahn an der Westgrenze zu okkupiren. (Siewierz liegt dem preussischen Zarnowitz gegenüber.)

Warschau, 26. Febr. (W. L. B.) Im Kreise Wolowet wurden 1000 Insurgenten, die Mieroslawski zu

Hilfe zogen, gänzlich zerstreut, 100 sind gefallen, 32 zu Gefangenen gemacht.

Turin, 25. Febr. Die Deputirtenkammer beschloß sich heute mit der Anleihe von 700 Mill. Lira beantragt Vorfrage und Ausschub der Verhandlung bis nach Vorbringung des Budgets, da die Kammer nicht die nötige Auskunft über die Finanzlage habe. Dieser Vorschlag wird verworfen. Moroni bekämpft das politische System des Ministers. Er glaubt nicht, daß man von Turin aus Italien gut regieren könne. Das Räuberwesen nehme nicht ab; da die Regierung Widersacher der Aktionspartei sei, so werde die Sache der Einheit immer schwächer; die Gleichgiltigkeit, der allgemeine Zweifelnahme zu. Wir seien der ausländischen Politik zu unterwürdig; wenn wir Frankreich gegenüber mehr Unabhängigkeit zeigten, so würden wir die wirksamere Freundschaft Englands erhalten. Er schließt damit, daß er gegen das Gesetz stimmen werde, weil er kein Vertrauen ins Ministerium habe, weil er die geforderte Summe für über die Bedürfnisse des Landes hinausgehend ansehe. Crispi bekämpft seinerseits den Entwurf, indem er das Verwaltungs- und Finanzsystem des Ministeriums tabelt. Die Beratung dauert fort.

Die Eisenbahn von Rom nach Neapel ist dem Verkehr vollständig übergeben. Die letzten, diesen Nachmittag aus Malta eingetroffenen Telegramme melden, daß in dem Befinden des Prinzen Albert eine entschiedene Besserung eingetreten ist.

Madrid, 26. Febr., 9 Uhr Morgens. Die „Corresp.“ meldet, General Donnell werde heute um 3 Uhr die Entlassung des ganzen Ministeriums einreichen. Diesem Schritt soll die Nichtunterzeichnung des Auflösungsdekrets der Kammer zu Grunde liegen.

Athen, 25. Febr. (A. Z.) Die Nationalversammlung ernannte ein neues Ministerium: Balbis Präsident ohne Portefeuille, Smolens Krieg, Angerinos Inneres, Demetrius Marine, Karamanby Finanzen, Dojios (Water) Kultus und Unterricht, Burdulis Marine, Papazaphropoulos Justiz.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Polnische Frage.

Berlin, 26. Febr. Alle Debatten sind überfüllt. Auf der Tagesordnung steht der Bericht über den Antrag der Abgg. v. Hoyerbock und v. Carlowski: „Das Interesse Preussens erfordert, daß die königl. Staatsregierung gegenüber dem im Königreich Polen ausgebrochenen Aufstande weder der russischen Regierung noch den Aufständischen irgend eine Unterstützung oder Begünstigung zuwenden, demgemäß also auch keinem der kämpfenden Theile gestatte, das preussische Gebiet ohne vorgängige Entwaflnung zu betreten.“ Die Kommission hat diesen Antrag dahin formulirt, anstatt: „vorgängige“ „gleichzeitige“ zu sagen. Zu diesem Antrage sind Amendements eingegangen: 1) von Hrn. v. Bonin (Genthin) und 68 Abgeordneten aus der Fraktion Bodum-Dolffs, Vette, Vincke, anstatt der Worte: weder der russischen Regierung u. s. w. bis zum Schluß, zu sagen: „sich lediglich auf die zum Schutz der preussischen Landesgrenze erforderlichen Maßregeln beschränke, jede darüber hinausgehende Einmischung vermeide, und Bewaffneten nicht gestatte, das preussische Gebiet ohne gleichzeitige Entwaflnung zu betreten.“ 2) Vom Abg. v. Vincke: anstatt dieser Worte zu sagen: „den russischen Truppen nicht gestatte, das preussische Gebiet zum Zweck der Verfolgung von polnischen Insurgenten zu betreten.“ Auch dieses Amendement wird unterstützt und es beginnt die Diskussion über die drei Anträge. Als Nebner melden sich für den Kommissionsantrag: v. Köppe (Solingen), Dr. Beder (Dortmund), Twisten, v. Hennig (Strasburg), Düncker, Löwe (Galbe), Waldeck, Behrend (Danzig), Schulze (Berlin), Pfahmann, v. Unruh, Reichensperger und 3 Andere, Summa 15; gegen denselben die H. v. Gottberg, v. Beugheim, v. Saenger, v. Vincke (Stargard), v. Gornitz (Genthin), Köppl, Birchow, Simson, Ahmann, Graf Bethusy-Huc und noch Einer — 11.

Der Antrag setzt Erhaltung des Besitzthums und Sicherung desselben voraus. Unsere Ostprovinzen sind unser und wir wünschen sie zu erhalten. Wir wünschen unsern polnischen Mitbürgern volle Theilnahme an unserm verfassungsmäßigen Leben, aber wir wollen unsere Landeleute in jenen Provinzen behalten. Klar ausgesprochen muß werden, daß die Stellung Russlands zur polnischen Frage von der unsrigen weit verschieden ist. Für das Anrecht der zweiten Theilung Polens haben wir von 1806 bis 1813 schwer gekämpft. Die Provinz Polen besitzen wir aber nicht durch Theilung, sondern durch einen europäischen Beschluß, damit unsere Hauptstadt, damit Breslau und Königsberg geschützt seien. Wir besitzen sie also auf Grund eines gültigen Rechtstitels. Heute nicht mehr, wie 1806, schließt der Beschluß Polens uns unter allen Bedingungen an die russische Allianz und verpflichtet uns, ein Anrecht an Polen sühnen zu müssen. Wenn unsere Position nun eine so einfache ist, so müssen wir uns um so mehr gegen eine Politik wenden, die ohne allen Grund, ja ohne Aufforderung von anderer Seite alle unsere Vortheile opfert.

Es ist gleichgiltig, daß der Aufstand in Polen eifrig; er kann jeden Augenblick wieder entbrennen und das Unheil der Konvention wirkt dann fort. Zunächst haben wir dagegen zu protestiren, daß 500 Quadratmeilen unseres Landes der Willkür fremder Krieger preisgegeben wird, daß Preussen sich in die Mischthul an den von Europa verurtheilten Gräueln drängt, die Schuld Russlands auf uns gewälzt wird, und wir mit Oesterreich uns entzweien: — tolosale Opfer ohne alle Aussicht auf Vortheile, — eine Politik, die nichts ist als ein fanatischer Kreuzzug gegen den Schatten der Revolution, die den Invaliden karge Broden hinwirft, während sie ohne Bewilligung des Landes Hunderttausende vergewaltigt, eine Politik, welche die absolute Rechtsverletzung darstellt und weder leben noch sterben kann, ohne die Ehre des Landes zu verletzen. (Bravo!)

Die Kommission hat keine Erklärung von der Regierung in dieser Sache erhalten, welche ganz Europa für sich hat; es ist also kein Grund für sie vorhanden gewesen, zu beweisen, daß Weiß Weiß, Schwarz Schwarz ist; sie hat also auch nicht besondere Gründe gegen die Intervention aufgeführt. Die Militärkonvention von 1857 ist kein Grund und ihre Rechtmäßigkeit außerdem anzuzweifeln, da für dieselbe die Zustimmung der Landesvertretung nothwendig gewesen wäre. Doch — der Vertrag hat 6 Jahre ohne Widerspruch bestanden. Eine nur menschlich denkende, nicht einmal fühlende Regierung würde an dem Art. 1 des Kartellvertrags unter den gegenwärtigen Verhältnissen Anstoß genommen haben, denn die Auslieferung der jetzigen Insurgenten ist eine tödtliche Verletzung der Sittlichkeit. Hier hätte man dem höhern Recht der Menschlichkeit gegenüber formellen Bestimmungen Genüge thun müssen, und der Beifall Europa's wäre in diesem Fall sicher gewesen. Der Kartellvertrag aber widerspricht der jetzigen Konvention, denn er ordnet an, daß die Verfolgung Flüchtiger auf diesseitigem Gebiet auch durch die seitige Behörde geschehen müsse, die Konvention gebe aber der ganzen russischen Armee das Recht der Verfolgung! Das ist also eine Aufhebung des Kartellvertrags. Daran sieht man, welche Fortschritte die reaktionäre Partei seit 6 Jahren gemacht hat. Sieht man jetzt nicht ein, wie wahr der Satz der Adresse ist, daß jene Partei nur eine der Nation entfremdete Minderheit darstellt? Die Thatfachen selbst sprechen jetzt deutlich dafür.

Nebner beleuchtet nun die Behauptung der Regierung, daß die Herstellung eines selbständigen Polenreichs eine Gefahr für Preussen sei. Eine solche Behauptung sei bezweifelhaft, und es sei nur zu billigen, wenn ein preussischer Staatsmann bei solcher Eventualität sich mit Oesterreich und den Großmächten berathe, die Kriegsmittel vorrätzig hielte, die Landesvertretung um Genehmigung der Mittel anginge. Anstatt dessen handle man, als ob keine andere Macht auf der Welt als Russland existire, welche in dieser Sache ein Wort zu sprechen habe. Der Abgeordnete für Stargard hat gesagt, es sei nichts gefährlicher, als wenn die hohe Politik das Verfahren der Oellerischen Mischthul nachahme. Unsere Regierung folgere aus dem Auftreten der Insurgenten so viele Möglichkeiten, daß sie alle Wirklichkeit darüber vergißt und eines Tages, trotz aller Berechnungen, in einem Stumpfe stehen bleiben kann, tiefer als alle polnischen Moräste. Preussens Kraft sei im Stande, seine Interessen durch das Schwert zu schützen. Nun enthalte freilich die polnische Frage eine Menge von Lösungen, von denen einige für Preussen abschüsslich, andere aber Segen sein würden. Heute aber ergeht nicht die Frage die wichtigste, ob die Herstellung Polens in unserem Interesse liege, sondern ob unsere Politik eine unparteiische, große, kluge sei. Die Kommission sehe in der Konvention weder Ehre noch Vortheil; sie sehe nur die Wahl zwischen trüblichem Rückzug und unabsehbarem Unheil, und das in einer Zeit, wo die Finanzverwaltung in tiefer Verwirrung, die Kriegsverwaltung in gleicher Verfahrtheit sei, und wo der Hr. Ministerpräsident täglich daran arbeite, die Kunst zu erweitern. Das Haus habe die Pflicht, der Regierung Umkehr anzurathen, so lange es noch möglich ist, und wenn es nicht mehr möglich wäre, gegen die Politik der Regierung einen feierlichen Protest vor Europa auszusprechen. (Die Rede wurde häufig durch Beifall unterbrochen.)

Abg. Dieberich stellt ein Unter-Amendement. Abg. v. Gottberg (Feudal) gegen die Resolution. Möge man doch die Verlegenheit der Regierung nicht noch vermehren! (Heiterkeit.) Er stimme hauptsächlich gegen die Resolution, weil sie an einer Stelle die russische Regierung und die Insurgenten gleichstelle. Die Regierung habe im Grunde doch nur vorfällige Maßregeln zu denselben Zwecken getroffen, wie sie bei dem Auftreten räuberischer Banden (Widerstand, Unwillen) unvermeidlich gewesen seien. Zweck des Aufstandes sei die Wiederherstellung eines polnischen Reiches, oder, wenn man wolle, der polnischen Republik. (Widerstand, Heiterkeit.) Er stimme gegen die Resolution, weil sie ein Ausdruck des Mißtrauens gegen die Regierung und das Bortum der Demokratie gegen Russland sei. Er glaube, die Regierung habe Recht gehabt, indem sie das that, was der Aufstand am schnellsten unterdrücken kann. Die preuss. Regierung sei für die russischen Maßregeln nicht verantwortlich, weder für die Rekrutierung, noch für die Aufführung der russischen Truppen. Uebrigens sei die polnische Frage gar nicht der Grund zur Resolution; man habe dieselbe nur gestellt, um Aufregung im Lande gegen das Ministerium zu erzeugen. Die Resolution enthalte auch eine Sympathiebezeugung für die Aufständischen, für die Revolution selbst. Er begreife die Sympathien der polnischen Mitbürger für ihre polnischen Landeleute. Das sei aber für uns kein Anlaß zu gleichen Sympathien, und er begreife dies um so weniger, als die Fortschrittspartei sich ja die deutsche nenne. Er verlange Unparteilichkeit auch für Russland. Sympathien für die Revolution können nicht im Interesse Preussens liegen, denn die Revolution führe immer zum Despotismus, in Preussen habe aber immer das Recht gegolten. (Ironische Zustimmung.)

Indem wir hier wegen Mangels an Zeit und Raum abbrechen, lassen wir über den weiteren Verlauf der Sitzung noch eine eingehende telegraphische Darstellung der „Köln. Ztg.“ folgen, uns vorbehaltend, auf einzelne bedeutendere Momente zurückzukommen.

Bonn (Erlangen): Es sei unerhört, daß die Regierung von der Konvention keine Anzeige gemacht habe, während der preussische Botschafter in London den englischen Ministern Mittheilungen eröffnete, wonach diese im Parlament Auskunft hätten geben können. Der Redner kritisiert die Kartellkonventionen als verfassungswidrig und als nach Artikel 48 der Verfassung der Zustimmung des Hauses bedürftig. Er lobt die Proteste der Kaufmannschaften und wünscht allseitige Nachahmung.

Breslau (Breslau) schildert eingehend die verderbliche Wirkung der russischen Herrschaft in Polen und deren Unterdrückung geistiger Bildung. Die Stärkung Russlands in Polen sei gegen Preußens Interesse. Die Polen für unfähig zu einer Staatsbildung zu erklären, sei voreilig. Von Italien habe man dasselbe gesagt.

Minister Graf **Culenburg** in Abwesenheit des Hrn. v. Bismarck: Diplomatisch sei es nicht unerhört, vertraulich anderen Regierungen mitzutheilen, was man der Landesvertretung noch nicht mitzutheilen für nöthig findet. Ausgeliefert seien die vier in Thron Verhafteten nicht, sondern, weil sie nur im Besitze abgelaufener russischer Pässe gewesen, „über die russische Grenze ausgewiesen“. (Geheuerkeit.)

Wedder (Dortmund): Aus preussischem Interesse, nicht aus polnischem, müsse das Haus eine Erklärung abgeben, ob es rekapituliert ausführlich die polnischen Theilungen und die Vertragsrechte Polens von 1815, deren Herstellung Preußens Interesse sei. Ein unabhängiges Polen bedrohe das preussische Territorium nicht.

Minister Graf **Culenburg** protestirt gegen des Vorredners Ausdruck von brutaler Militärtyrannie in Westpreußen; jeder dortige Kreis habe den militärischen Schutz gefordert; die Regierungsmassregeln hätten beigetragen zum Absterben des Aufstandes; auch die Vortheile der Reorganisation seien zur Anerkennung gekommen. (Lebhafter Widerspruch.) Die Grenzüberziehung bei Gollub habe nicht stattgefunden. Der Minister verliest ein betreffendes Telegramm des dortigen Landrates.

Ministerpräsident **v. Bismarck**: Die Begünstigung nationaler Bestrebungen selbst auf eigene Kosten sei eine Krankheitsform, die sich auf Deutschland beschränke. (Geheuerkeit.) Die Regierung habe über die dringende Frage sich nicht äußern können und eine andere Opposition hätte sich dabei berufen; geben Sie uns ein englisches Unterhaus und dann verlangen Sie englische Zustände. (Ch!) Neulich habe Hr. v. Unruh gedroht, der Regierung die Mittel zur Vertheidigung des Landes zu verweigern. (Lebhafter Widerspruch.) Er freue sich, daß das Haus noch ein Gefühl der Entschiedenheit habe. (Stürmische Unterbrechung und Ruf: „Zur Ordnung!“) Der Vizepräsident **Behrend** verweigert denselben. Hr. v. Bismarck fortfahrend: v. Unruh's Name stehe unter dem Steuerverweigerungs-Beschluß. Vizepräsident **Behrend** unterbricht den Minister, da dies nicht zur Sache gehörig sei. Hr. v. Bismarck bestreitet dem Präsidenten des Hauses das Recht, ihn zu unterbrechen; er rede in Folge des Rechtes, welches die Verfassung ihm gewähre. Vizepräsident **Behrend**: Die Disziplinargewalt des Präsidenten geht so weit, die vier Mündel dieses Hauses reichen. (Stürmischer Beifall.)

Ministerpräsident **v. Bismarck** wiederholt seine vorige Aeußerung. Vizepräsident **Behrend** droht, die Sitzung zu vertagen. (Stürmischer Beifall.) Hr. v. Bismarck hat keinen Grund, zweimal Gefagtes zu wiederholen. Zur Sache zurückkehrend, bezeichnet Hr. v. Bismarck die Resolution als unpatriotisch für die Infurrektion. Ueber die Konvention seien mythische Gerüchte verbreitet. Aus verweigerter Auskunft sei das Haus nicht berechtigt, Folgerungen über den Inhalt der Konvention zu ziehen. Die Regierung könne sich nicht über schwebende Fragen von ganzer europäischer Bedeutung erklären. Die Resolution habe den Zweck, die Regierung zu erschüttern, nicht erreicht; die Regierung stehe fest in dem Bewußtsein ihrer Rechts- und Pflichten.

Auf eine Aeußerung des Abg. **Sänger** repliziert Hr. v. Bismarck, zu jeder Ueberschreitung der preussischen Grenzen durch die Russen und umgekehrt gehöre eine unerbittliche Einwilligung der Regierung.

Tweien weist des Ministerpräsidenten v. Bismarck Beschuldigung gegen das Haus zurück; es sei ein alter Kunstgriff, die Opposition des Landesvertrathes zu beschuldigen. Leider sei die Ehre der Regierung nicht mehr die Ehre des Landes. (Stürmischer Beifall.) Wenn die Regierung den Antritt anträte, so thue sie dies vor dem Auslande, nicht vor der Stimme des Landes; es würde besser stehen, wenn es umgekehrt sei. Für die Gerüchte wegen des Inhalts der Konvention müsse Hr. v. Bismarck den Grafen Bernstorff verantwortlich machen. (Sehr richtig.) Die englischen Minister hätten gewiß nicht gelogen. Nach allen vorliegenden Thatsachen sei der Zustand der Intervention eingetreten. Die Regierung müsse wegen entsetzlicher Kosten neue Vorlagen machen. Sogar in Frankreich fordere die Regierung außerordentliche Kredite. Minister Graf **Culenburg** habe bezüglich der Throner Anstufung zum Unglück auch noch Hohn gesagt. (Lebhafter Zustimmung.) Interventionen seien internationale Fragen, bei denen Verhandlungen zwischen den Großmächten voranzgingen. Die Regierung habe sich überstürzt, ohne die Tragweite ihrer Handlungen zu berechnen. Das Nationalgefühl der Preussisch-Polen werde erbittert, der Frieden in den Grenzprovinzen bedroht und materielle Interessen würden verletzt. Ein unabhängiges Polen bedrohe Deutschland weniger als Rußland; die schlimmste Gefahr wäre eine Vereinigung Russlands und Polens gegen uns, und die Regierungspolitik ermögliche gerade diese Gefahr. Preußen dürfe sich nicht mit den Westmächten vereinigen. Dasselbe Regierung habe die inneren Zerwürfnisse hervorgerufen und gebe nun Preußen schweren Gefahren oder tiefen Demüthigungen preis. (Sehr wahr.) Hr. v. Bismarck sei auch nach auswärts ein Kreuzzeitungs-Mann; er müsse dieser Partei folgen, er schiebe nicht, sondern er werde geschoben. Die Verhandlungen wegen der Konvention seien durch Militärs geführt; wir seien schon mitten in der Militärkassation und hätten eine Adjutantregierung. (Sehr gut.) Preußen sei für Rußland ein kräftiger Ableiter der europäischen Entrüstung geworden, weil es sich ohne Noth zum Helfer der Tyrannie hergegeben habe.

Heute wird die Debatte nicht beendet. Abends findet eine gemeinsame Besprechung der großen Fraktionen statt.

Deutschland.

Karlsruhe, 27. Febr. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 10 enthält (außer Personalnachrichten):

1. Unmittelbare allerhöchste Entschliebung Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs, die Er-

nenennung eines Mitglieds in die Erste Kammer der Ständeversammlung betreffend. Darnach haben Sr. Königl. Hoheit Sich gnädigst bewogen gefunden, der unterthänigsten Bitte des Geh. Rathes und Professors, Domdekan Dr. v. Hirschler um Enthebung von dem Amte als von Sr. Königl. Hoheit ernannten Mitglieds der Ersten Kammer in Gnaden zu entsprechen und den Geh. Rath und Bundestags-Gesandten, Dr. Robert v. Mohl, zum Mitglieds der Ersten Kammer der gegenwärtigen Ständeversammlung zu ernennen.

II. Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. 1) Bekanntmachung des großh. Justizministeriums. Die Zivilrechtspflege der Amtsgerichte betreffend. 2) Bekanntmachung des großh. Ministeriums des Innern. Die Beaufichtigung und Leitung der Blindenanstalt in Freiburg und der Taubstummenanstalt in Pforzheim betreffend.

III. Todesfälle. Gestorben sind: Am 19. v. M. der pensionirte evangelische Pfarrer Johann Dell von Jochenheim. Am 20. v. M. der katholische Pfarrer Fridolin Ullrich von Stockach. Am 30. v. M. der Generalmajor v. Geydors vom Armeekorps in Karlsruhe. Am 7. d. M. der Oberarzt Dr. Adolph Zipf im 5. Infanterieregiment in Karlsruhe. Am 12. d. M. der großh. Amts- und Amtsgerichts-Arzt Schmidt in Ettenheim.

× **Frankfurt**, 26. Febr. Die Bundesversammlung beschäftigte sich heute fast nur mit militärischen Angelegenheiten und Festungssachen. Der Antrag des Militär-Ausschusses, die württembergische Regierung zu ersuchen, dem Oberkriegskommissar Habermas noch fernern Urlaub zu ertheilen und seinen Rücktritt in den königl. württembergischen Staatsdienst offen zu lassen, damit derselbe als erster ökonomischer Referent der Bundes-Militärkommission angestellt werden könne, wurde zum Beschluß erhoben. — Ueber die bei Rothschild hinterlegten Bundesgelder wurde Rechnung abgelegt. Souff Privatklamationen und Vorlage von Ständelisten. — Der Kronprinz von Preußen kam gestern Abend auf seiner Reise von Berlin nach Karlsruhe und bezog Dörsborn durch unsere Stadt.

Kassel, 24. Febr. (Fr. J.) Das Projekt des Ministeriums zur Erbauung der Bebra-Hanauer Bahn auf Staatskosten ist, nachdem es noch zuvor eine kleine Abänderung bezüglich der örtlichen Führung der Bahn erhalten hat, vom Kurfürsten genehmigt, und das Finanzministerium ist mit der Proposition zur Beschaffung der Geldmittel beschäftigt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß den Ständen die Proposition eines Anlehens im Lande unter Beteiligung des Landemialfonds gemacht werden wird. Wie man vernimmt, entspricht dieser Weg vollkommen den Wünschen unserer Ständeversammlung. Alle Bestrebungen der Direktion der Nordbahn zur Erlangung der Konzession sind erfolglos geblieben und werden wohl auch bei den Ständen auf Widerspruch stoßen.

Koburg, 25. Febr. (Südd. Z.) Das gestrige Regierungsblatt enthält eine Ministerialbekanntmachung, in Folge deren nunmehr auch zwischen dem Kaiserthum Rußland und den Herzogthümern Koburg und Gotha das Abzugsgeld aufgehoben ist.

Leipzig, 24. Febr. Am schwarzen Brett unserer Universität befindet sich seit gestern folgender Anschlag:

Kommissionen! Der §. 62 der akademischen Gesetze enthält Bestimmungen in Beziehung auf Vereins- und Versammlungen, die uns weit hinter unsere Altersgenossen in andern Berufsständen zurückstellen und insbesondere jetzt drückender als je empfunden werden dürften, als durch sie eine Beteiligung an den bevorstehenden Nationalfesten, wenn nicht ganz unmöglich gemacht, jedoch in einer Art beeinträchtigt werden dürfte, daß sie kaum auf eine der Stellung der Studenschaft angemessene Weise erfolgen könnte. In Erwägung dessen hat sich auf Anregung des Vorstandes der Nichtverbindungs-Studenten ein Komitee gebildet, bestehend aus den Vorstehern des genannten Vorstandes und den Vertretern aller Korporationen, mit Ausnahme der Korps und der Verbindung Grimmentia (!), um die Mittel und Wege zu beraten, eine günstigere Stellung für die Studenschaft in dieser Hinsicht herbeizuführen. Nachdem das Komitee sich einstimmig für eine Petition an das hohe Kultusministerium entschieden, auch einen Entwurf dazu ausgearbeitet und beraten hat, hat es die Unterzeichneten beauftragt, eine allgemeine Studenversammlung behufs Beschlußfassung hierüber, beziehentlich Unterschreiben der erwähnten Petition zu berufen. Wir erlauben uns daher, die Kommissionen aller Fakultäten und Korporationen hierdurch aufzufordern, Donnerstag 26. d., Abends 8 Uhr, im „Hotel de Saxe“ zu einer allgemeinen Versammlung zusammenzutreten. Leipzig, 17. Februar 1863. (Folgen die Unterschriften von vier Studirenden.)

Hannover, 25. Febr. (Fr. J.) Am 28. Febr. wird die Prinzessin Alexandra von Dänemark, die Braut des englischen Thronfolgers Prinzen von Wales, auf ihrer Hochzeitsfahrt nach London hier eintreffen. — In Betreff der Landtags-Wahlen sind jetzt die ersten vorbereitenden Schritte seitens der Regierung geschehen. Die Landdrosteien (oberste Verwaltungsbehörden in den einzelnen Provinzen) sind durch das Ministerium des Innern aufgefordert worden, sich gütlich über die Umgrenzung der einzelnen Wahlbezirke, Zusammenlegung der einzelnen Kreise zur Vornahme des Wahlortes zu äußern.

Berlin, 25. Febr. Die „Nat.-Ztg.“ versichert, die hier eingetroffene französische Note (übrigens nur zum Vorlesen bestimmt) solle in durchaus freundlichem Tone abgefaßt sein. Noch friedlicher lautet folgender Artikel der „Kreuzzeitung“, die in diesen Dingen wohl unterrichtet sein kann: Wir können versichern, daß alle die alarmirenden Vermuthungen und Kombinationen, welche die Presse an die Vorgänge in England und Frankreich in Betreff der polnischen Frage knüpft, in den thatsächlichen diplomatischen Schritten durchaus keine Begründung finden. Von keiner der betreffenden Mächte ist etwas geschehen, was geeignet wäre, eine freundschaftliche Erledigung der Differenzen über die schwebenden Fragen irgendetwas zu erschweren. Es kommt

dazu, daß die gegenwärtige Lage der polnischen Angelegenheit erwarten läßt, daß dieselbe in kürzerer Zeit ihre aktuelle Bedeutung auch in diplomatischer Beziehung verloren haben werde. Alle darüber künstlich erzeugten Besorgnisse sind daher unbegründet. — In einer andern Stelle sagt die „Nat.-Ztg.“: Wenn es heißt, daß die Konvention fiktiv ist, so besteht wohl ohne Zweifel das Bestreben, sie in der Ausführung möglichst abzuschwächen. Aber formell aufgehoben ist sie keineswegs, und ehe dies geschehen ist, bleibt es mindestens sehr fraglich, welchen Gebrauch die russischen Befehlshaber von den ihnen ertheilten Anweisungen machen werden. Die Zwischenfälle, welche hier eintreten können, sind unbedeutend. — Wie das „Schles. Morgenbl.“ erfährt, ist an viele zur Disposition gestellte und pensionirte Offiziere, die zum Theil zwanzig Jahre und darüber aus dem Heeresverbande ausgeschieden sind, die Anfrage ergangen, ob sie für gewisse Eventualitäten geeignet seien, in die Armee wieder einzutreten. — Der Andrang zu den morgen im Abgeordnetenhaus beginnenden Debatten über die Resolution in der polnischen Angelegenheit ist ein ganz ungewöhnlicher. Von außerhalb sind außerordentlich Viele hier eingetroffen, um der Sitzung noch beizuwohnen, und da nur die Wenigsten noch Billets zu den Tribünen erhalten konnten, so wurden für eine Einlaßkarte schon drei Friedrichsdor geboten.

Berlin, 25. Febr. (Südd. Ztg.) Trotz aller offiziellen Berichtigungen ist es dennoch gewiß, daß die Stellung des Ministeriums Bismarck ernstlich erschüttert ist und sich schwerlich wieder befestigen wird. Offiziell wird heute noch der bevorstehende Rücktritt Bismarck's abgelaugnet, damit es nicht den Anschein gewinne, daß derselbe unter dem Druck der westmächtl. Proteste erfolge. Aber in der That weicht man dennoch vor den Westmächten zurück. Eine französische Note, welche, wenn auch in höflichen Formen, die Aufhebung der Konvention mit Rußland verlangt, ist bereits gestern hier übergeben. Eine englische Note ist bis heute noch nicht eingetroffen, wird aber erwartet. An die Ausführung der Konvention wird hier wohl kaum noch gedacht, und die Befehle, durch welche die militärischen Maßregeln sistirt werden, werden schon von hier abgegangen sein. Man aber empfindet man am Hofe doch, daß dies Zurücktreten von einer so geräuschvoll begonnenen Aktion eine Sache ist, für welche ein Opfer fallen muß; und dies wird Niemand anders sein, als Hr. v. Bismarck, der ja die volle Verantwortlichkeit für die ohne sein Zutun eingeleitete Konvention übernommen hat. Volkommen ungewiß ist aber noch, wer sein Nachfolger werden soll.

Thorn, 24. Febr. Die Notiz von dem Uebergang preussischer Militärs über die Grenze bei Gollub, um einen Wald bei Dobryzyn, also auf polnischem Gebiet, auf Ersuchen eines russischen Obersten nach Insurgenten zu durchsuchen, bestätigt die „Bromb. Ztg.“ nach mündlichen Mittheilungen aus Gollub. Wie man heute hier wissen will, wäre an das diesseitige Militär an der Grenze der Befehl ergangen, das jenseitige Territorium nicht mehr zu betreten.

Jansbrunn, 26. Febr. (W. T. Z.) Der tyrolische Landtag hat den bekannten antiprotestantischen Antrag des Fürstbischöflichen von Brixen angenommen.

Frankreich.

* **Paris**, 26. Febr. Der „Constitutionnel“ enthält mit der Unterschrift seines Sekretärs, Hrn. Boniface, folgenden offiziellen Artikel:

Die übertriebenen Befürchtungen, auf die wir vorgestern hindeuteten, sind größtentheils heute wieder verschwunden. Die Waise, die sich einer durch Nichts gerechtfertigten Panik hingeeben hatte, sagt die Lage vernünftiger und kaltblütiger an.

Wie war in Wahrheit die Sachlage beim Beginn des Aufstandes? Polen hatte die einstimmigen Sympathien des liberalen Europa's, insbesondere Frankreichs, für sich, und die Mächte hätten ganz gewiß ihre freundschaftlichen Vorstellungen gemacht, um dem Wirtvergießen Einhalt zu gebieten und diesem schmerzvollen Konflikt ein Ende zu machen. Man mußte glauben, daß diese wohlwollende Verwendung bei einem Souverän ausreichen würde, der einen Sinn für das Große hat, und die öffentliche Meinung war durch das Unglück Polens noch nicht in Bewegung gerathen. Aber einige Tage später änderte sich, wie wir bereits gesagt, die Gestalt der Frage, und die Konvention vom 8. zwischen Preußen und Rußland machte sie zu einer europäischen Frage.

Doch war dies immer noch kein hinreichender Grund zur Erschütterung des Vertrauens, denn wie die Sympathien für Polen ungeteilt waren, so war auch der Unwille über die Konvention vom 8. Februar ein allgemeiner. In Preußen selbst erklärte sich die unermessliche Mehrheit der Nation dagegen und vom ersten Augenblick an erschien das Einverständnis zwischen Frankreich, England und Oesterreich als gewiß. Dies war das sichere Unterpfand des Friedens. Es ward ersichtlich, daß die Bahn zur Versöhnung eröffnet war und daß Recht und Gerechtigkeit durch friedliche Mittel triumphieren konnten. Dies scheint die öffentliche Meinung jetzt zu begreifen, und wir freuen uns, dies konstatieren zu können.

Die „France“ sagt:

Man schreibt uns aus **Wien**, daß der auf die preussisch-russische Konvention bezügliche Zwischenfall beendigt zu sein scheint. Preußen hat das Eintreffen der Noten nicht abgewartet, die von verschiedenen Kabinetten an es gerichtet worden waren. Die Regierung hat den lokalen Bemerkungen, die ihr im Namen selbst ihrer deutschen, in den polnischen Provinzen ansetzigen Unterthanen gemacht wurden, nachgegeben. Hr. v. Bismarck hat erklärt, daß, wiewohl die Konvention lange nicht die ihr beigelegte Tragweite besitze, es hinreichte, daß die getreuen Unterthanen des Königs ihr eine falsche Deutung gäben, um die Regierung Erpreuß. Majestät zum Aufgeben desselben zu veranlassen.

Die „Patrie“ gibt eine kurze Uebersicht über die den Polen durch den Wiener Frieden garantierten Rechte, über die, welche sie von 1815 bis 1831 wirklich besaßen, und fügt hinzu, Rußland habe durch Beflegung der Polen nicht das Recht erlangt, sich über die Artikel des Wiener Friedens wegzusetzen. Der Artikel schließt:

Den Polen die nationalen Institutionen wieder zu verschaffen, die ihnen so rechtlicher Weise entzogen wurden, das müssen sich die großen Kabinette heute angelegen sein lassen. Das Geheiß macht für sie eine Pflicht

baraus. Niemand wird die Diplomatie eine eblere Sache in die Hand genommen haben. Es handelt sich um den Triumph des Rechts und der Gerechtigkeit. Möge endlich Europa, in einem einzigen und unerschütterlichen Willen vereinigt, von Russland die Auslieferung der Verträge verlangen, die es mir zu lange verweigert hat!

Paris, 26. Febr. Eine offizielle Antwort auf die Mittheilungen der französischen Regierung in St. Petersburg ist noch nicht eingetroffen; doch lassen hier angelangte Privat-schreiben voraussehen, daß die französischen Rathschläge in der russischen Hauptstadt das bereitwilligste Ohr finden werden. Uebrigens fürchtet man hier eben so, sich mit Russland zu entzweien, als man in Russland besorgt, es mit Frankreich zu verderben. Hr. v. Bubberg hatte übrigens gestern eine längere Unterredung mit dem Kaiser, und die unmittelbare Folge war, daß den offiziellen Blättern und Korrespondenzen die Weisung zugeht, mit Preußen glimpflicher umzugehen und Russland ganz zu verschonen. Auch Hr. Graf v. Soltz hatte eine neue Unterredung mit Hrn. Drouyn de Lhuys, welchem er die positive Versicherung ertheilte, daß die vielerschwänzte Konvention mit Russland keinen geheimen Artikel enthalte. Welche Wendung die polnische Angelegenheit — als europäische Frage — zu nehmen scheint, geht überdies aus dem vom Redaktionssekretär unterzeichneten Leitartikel der heutigen „France“ (dem Organ des Hrn. Drouyn de Lhuys) hervor, worin es heißt:

Wir haben unsere lebhaften Sympathien für ein unglückliches Volk und eine edle Sache ausgedrückt, aber wir glauben nicht an die Möglichkeit, daß die polnische Frage zur Klippe für den Weltfrieden werde. ... Weder zu Berlin, noch zu St. Petersburg erwartete man, daß die Konvention ein so lebhaftes Aufsehen erregen werde. Wenn heute Preußen seine, Russland angebotene Unterthänigkeit zurückverlangt, so ist es wahrscheinlich, daß es keinem Widerstand begegnen wird. Das St. Petersburgische Kabinett kann ohne Nachtheil für seine Würde, und seine Interessen auf eine Konvention verzichten, die es nicht forderte und die überdies den Anschein des Mißtrauens gegen die andern Mächte hat. Es ist also zu hoffen, daß zur Stunde Russland und Preußen sich wegen Annullirung der diplomatischen Akte vom 8. Febr. leicht verständigen. ... Welches der Ausgang der polnischen Injurien sein möge, die Pflicht der liberalen Großmächte bleibt dieselbe. Frankreich, auf England und Oesterreich gestützt, wird nicht umhin können, in St. Petersburg Rathschläge der Mäßigung, der Klugheit und der Menschlichkeit zu ertheilen, die überdies dort vorzuherrschen scheinen. ... Aber was unter dem Einfluß der Konvention vom 8. Febr. den Charakter einer europäischen Angelegenheit anzunehmen schien, reduziert sich von jetzt an auf eine einfache diplomatische Frage: es handelt sich einfach um Wiederannahme des Werkes des Wiener Kongresses, und von Kaiser Alexander II. zu verlangen, das edelmüthige Werk des Kaisers Alexander I. fortzusetzen.

Von großer Tragweite wäre, wenn es sich bestätigen sollte, daß Gerücht vom Ausbruch einer insurrektionellen Bewegung in Finnland; namentlich wenn, wie man beifügt, Schweden beträchtliche Streitkräfte (man spricht wohl übertrieben von 60,000 M.) konzentriert und Wien macht, die Verlegenheiten der russischen Regierung zu benutzen, um diese Provinzen zurückzuführen. — Eine von mehreren Deputirten unterzeichnete Petition zu Gunsten Polens wurde gestern beim Senat niedergelegt; mehrere andere, von zahlreichen Unterschriften bedeckte Petitionen gleichen Betreffs wurden heute nach dem Luxemburgpallast geschickt. Die Distinktion über diese Angelegenheit ist, wie ich höre, auf Samstag 7. März verschoben. Die „Patrie“ veröffentlicht heute dennoch eine 2. Liste zu Gunsten der Polen, die 2285.15 erreicht. — Senator Helereu soll in einer Mission des Kaisers nach Wien gehen; Senator Foreade de la Roquette ist gleichfalls im Auftrag des Kaisers nach Algier abgereist, wo die Agitation gegen die beabsichtigten Reformen zu Gunsten der Araber eine große Ausdehnung annimmt. Für die Petitionen, welche dem Kaiser unterbreitet werden sollen, sind bereits an 80,000 Unterschriften gewonnen. — In Madrid ist die Thronsignalisirte Ministerkrise ausgebrochen; auf die Weigerung der Königin, die Cortes aufzulösen, haben sämtliche Minister ihre Entlassung eingereicht. — Heute fand die Aufnahme des Fürsten Boglie in die Akademie statt. Auf die Antrittsrede desselben erwiederte Hr. St.-Marx-Girardin. — Die Börse war heute ohne ausgeprägte Tendenz, und mit Ausnahme der ital. Anl., die um 25 C. fiel, blieben die Hauptwerthe zu den gestrigen Kurven.

Russland und Polen.

Warschau, 22. Febr. Der „Dziennik“ meldet:

1) Den aus dem südlichen Theile des Radomer Gouvernements angelangten Bericht zufolge hat ein starkes Truppenkommando die ganze Gegend zwischen Kromelow, Allica, Wolbrom, Musz und Granica durchstreift und nirgends mehr Rebellenbanden angetroffen. Nach ihrer Sprengung bei Wlechow haben sie theils die Grenze überschritten und sind nach Galizien gezogen, theils haben sie sich aufgelöst. Der Rechtszustand ist an allen obenbenannten Orten wieder hergestellt worden.

2) Am 19. d. holte Oberst Schilder Schuldner, an der Spitze eines aus 3 Kompagnien Infanterie bestehenden Kommandos, bei den zum Dorfe Krzywosongz gehörenden Wäldern (zwischen Sluzowo und Kadziejowo, 10 Werst weit von dieser Stadt und 5 Werst von der preussischen Grenze) eine 600 Mann starke Bande ein, schlug sie, und verfolgte sie einige Werst weit. Das Treffen dauerte 4 Stunden. Die Rebellen haben einen bedeutenden Verlust erlitten. Auf offenem Felde wurden 82 Tode gezählt; wie viel ihrer im Walde fielen, ist bis jetzt nicht ermittelt. Gefangen wurden 13 und einige Wagen mit Waffen und Gepäck genommen, wie auch eine Korrespondenz, aus der hervorgeht, daß diese Bande von Mieroslawki gebildet und angeführt ward. Letzterer flüchtete beim Beginn des Kampfes zu Pferde nach der Grenze.

Dazu bemerkt ein Korrespondent der „Nat.-Ztg.“: „Die Abfassung dieses zweiten Bulletins ist so dunkel und in so allgemeinen Ausdrücken gehalten, daß man mit Recht die Wahrheit der darin enthaltenen Facta bezweifeln muß. Hier werden denn auch diese Bulletins kaum mehr des Lesens werth gehalten, dagegen die deutschen Zeitungen jetzt beinahe ver-schlungen.“

Der „Danz. Ztg.“ wird aus Warschau geschrieben: „Die hier lebenden preussischen Staatsangehörigen

sind nicht wenig über das Ausliefern von jungen Leuten an die russische Behörde aufgebracht. Wir wissen es, daß in Staats-sachen manche Härte zulässig ist, gegen die das Rechtsgefühl des Privatmanns sich entrüstet; aber die Auslieferung einzelner Individuen ist praktisch von keinem Staatsnutzen, nicht einmal für Russland, und das große Unglück der jungen Leute tritt uns als eine Maßregel entgegen, für deren Ausübung von Seiten Preußens die hier lebenden Deutschen dem Haß der erbitterten Bevölkerung ausgesetzt werden. Diese Deutschen wissen es dem Abgeordnetenhaus tausendfach Dank, daß es durch seine Verhandlungen in der Interventions-sache sich so ausgesprochen hat, daß man dadurch auch hier die Gefinnung des preussischen Regiments kennen gelernt hat. — Frankowski lebt noch, wie ich aus einem Schreiben von vorgestern aus Lublin ersehe. Bemerkenswerth ist es, daß er dort mit einer außerordentlichen Aufmerksamkeit behandelt wird, über die der Briefschreiber sich nicht genug wundern konnte. So z. B. wird er von dem dienstherrlichen Lazarethpersonal mit „Excellenz“ angeredet. Als man ihn von Sandomir nach Lublin führte, wurde er von den Kosaken auf dem ganzen Wege grüßlich gemißhandelt, was aber nicht wundern darf, da damals der Befehl des Großfürsten: „ihn à tout prix gesund zu machen“, noch nicht angelangt war.“

Ein aufgefängerter und veröffentlichter Brief der Gräfin Chretowitsch, geb. Gräfin Kesselrode, an ihre Schwester in Paris, Frau v. Seebach, hat hier viel Aufsehen erregt und die Stellung des Grafen Chretowitsch als Zeremonienmeister des Hofes erschüttert. Die Gräfin hat darin unumwunden die Schuld an der bewaffneten Bewegung dem Marquis Wielopolski zugeschrieben. Alle Beziehungen zwischen der Wielopolski'schen und Chretowitsch'schen Familie sind abgebrochen; sollte Erstere siegen, so wird Graf Keller die Stelle des Grafen Chretowitsch einnehmen.

Aus Beuthen erfährt die „Breslauer Ztg.“ durch einen Augenzeugen über die Vorfälle in der Stadt Mieschowitz: „Schon zwei Tage vor dem Angriff der Insurgenten verbot der Stadtkommandant den Bewohnern, ihre Häuser zu verlassen; als nun, nachdem die Insurgenten herausgeschlagen waren, die Russen die Stadt anzündeten und die eingesperrten Einwohner aus den Häusern bringen wollten, wurden sie bei jedem solchen Versuch getödtet; zuerst der Bürgermeister, als er den Kommandanten um Schonung des Orts zu bitten wagte. Jeder Verwundete wurde gemordet und dieses fürchterbare Verfahren auch auf die umliegenden Dörfer ausgedehnt.“ Dazu lesen wir in der „Wiener General-Korresp.“: „In Mieschow hatte sich nie eine Insurrektion zeigen können, da die Stadt stets von den Russen stark besetzt war.“ Nach der „N. Pr. Ztg.“ hätte freilich der Bürgermeister an der Spitze der Bürger die Aufständischen unterstügt; aber diese russische Angabe ist nach Allem, was vorgekommen, unwahrscheinlicher als jene polnisch-österreichische, und obendrein bemängelt der Korrespondent der „N. Pr. Ztg.“ selbst die amtlichen Warschauer Berichte als gefärbt.

Großbritannien.

London, 24. Febr. Man schreibt der „Edin. Ztg.“:

Man will wissen, der preussische Gesandte habe dem Carl Russell eröffnet, wie er nicht daran zweifle, daß die preussische Regierung der einmüthigen Haltung der Mächte und der öffentlichen Meinung gegenüber nachgeben werde. Hr. v. Bernstorff hat an v. Bismarck in der dringendsten Weise geschrieben, und ihm die Gefahren, die Preußen bedrohen, mit anerkannter Klarheit auseinandergesetzt, und wie man mir versichert, soll er sowohl als auch Graf v. B. Goltz zu gleicher Zeit an den König geschrieben haben. Interessant dürfte es Ihnen sein, zu hören, daß der russische Gesandte sich bei der hiesigen Regierung bitter über Preußen beklagt, daß es allein die Schuld an dem Abschlusse der Konvention trage; in Russland habe man gar nichts von einer solchen Maßregel wissen wollen und habe nur dem Drängen des Hrn. v. Bismarck's Schönschhausen nachgegeben; am meisten habe man sich zu diesem Schritte durch den von Berlin aus in Aussicht gestellten Beitritt Oesterreichs bestimmen lassen. „Unsererseits wird man also gegen das Ausgeben der Uebereinkunft nur wenig einzuwenden haben!“ Setzt der russische Diplomat hinzu.

* **London, 25. Febr.** In der gestrigen Sitzung des Unterhauses erwiederte Layard auf eine Interpellation Bowyer's, die italienische Regierung habe bei der englischen die Auslieferung nach Malta geflüchteter italienischer gemeiner Verbrecher, keineswegs aber politischer Flüchtlinge nachgesucht. Als Antwort auf eine Interpellation Hopwood's erklärt Lord Palmerston, die französischen Vermittlungsvorschläge in Betreff Amerika's seien nicht vorlegbar.

„Morn. Post“ widmet ihren ersten Leitartikel wieder der polnischen Insurrektion. Es heißt darin u. A.:

Wir hielten uns anfänglich fern und vermieden es vorsichtig, eine Sympathie zu äußern, die unfruchtbar hätte bleiben müssen und die Täuschungen hätte hervorrufen können. Aber trotzdem ist es uns unmöglich, gegen die schweren Verwicklungen und noch schwereren Folgen, die aus dem polnischen Aufstand erwachsen können, die Augen zu schließen. Es kann ja sein, daß wir in einem neuen europäischen Krieg hineintreten. Die polnische Erhebung hat einen ganz andern Charakter angenommen. Sie ist jetzt eine große nationale Bewegung. Das Prinzip der Nichtintervention ist heutzutage so anerkannt und angenommen, daß die Politik der preussischen Regierung, die sich bezogen fand, eine Konvention mit Russland abzuschließen, das Erschauen und die Enttäuschung aller Welt erregt hat. Diese Intervention Preußens ladet die anderen Mächte zur Dazwischenkunft ein und wird, wenn Preußen nicht umkehrt, sie dazu zwingen. Sollte Preußen in Folge davon sein eigenes Gebiet bedroht sehen, so wird es die Schuld ausschließlich sich allein beizumessen haben. ... Hat in der That Preußen eine Defensiv- und Defensivallianz mit Russland abgeschlossen, so wird die unabhängige und im höchsten Grade ehrenvolle Haltung Oesterreichs die Tendenz haben, die Wirkungen der Allianz sehr zu schwächen und Frankreich einen neuen Grund zur Dazwischenkunft geben. ... Um der Interessen Europa's willen muß man hoffen, daß der Statusquo zwischen Preußen

und Russland wieder hergestellt werden und daß es lehrerem überlassen bleiben wird, so gut es kann, mit dem polnischen Aufstand fertig zu werden.

Der „Herald“, der sich mit demselben Thema beschäftigt, sagt:

Eine thatsächliche Einmischung, um den Aufstand im Königreich Polen zu unterdrücken, kann man der preussischen Regierung noch nicht zur Last legen; aber wir zweifeln, ob sie vor diesem Schritt zurücktreten wird. Die Kammer hat zwar indirekter Weise die Politik der Minister getabelt und ist im Begriff, dieselbe förmlich zu verdammen. Aber was lehren die Minister sich an die Stimmen der Kammer? Es ist auch nicht wahrscheinlich, daß die Vorstellungen Englands und Frankreichs viel wirken werden. ... Hr. v. Bismarck ist nicht der Mann, vor heroischen Mitteln zurückzubeugen, wie vor einem europäischen Krieg, um solch einen Un-sinn, wie ihm ein Parlament scheint, das die Regierung beauftragt, es zu werden. Es wäre ein fürchterliches Beispiel vergeltender Gerechtigkeit, wenn Europa durch diesen Aufstand eines Volkes, dessen Blut es auf seinem Gewissen hat, in einen verheerenden, verberblichen, resultatlosen Krieg verwickelt würde.

Baden.

Bruchsal, 27. Febr. So eben wurden in öffentlicher Sitzung des großh. Hofgerichts folgende Personen durch Losziehung zu Geschwornen für die 1. diesjährige Vierteljahrsitzung bestimmt.

I. Hauptgeschworne: 1) Karl Glaser, Kaufmann von Karlsruhe. 2) Karl Käfer, Bezirksförster von Dinglingen. 3) Gustav Hochstetter, Bürgermeister von Eppingen. 4) Georg Schaller, Fabrikant von Lahr. 5) Karl Altfelix, Maurermeister von Durlach. 6) Karl Trüß, Bürgermeister von Schwarzbach. 7) Jakob Gebhardt, Gemeinderath von Eppingen. 8) Ludwig Franzmann, Kaufmann von Pforzheim. 9) Max Wenf, Handelsmann von Offenburg. 10) Georg Trautwetter, Gemeinderath von Offenburg. 11) Karl Dillenius, Bijouteriefabrikant von Pforzheim. 12) Hermann Schweifard, Bierbrauer von Lahr. 13) Christian Braun II., Gemeinderath von Weiertheim. 14) Joh. Wld. Spengler, Landwirth von Dudenheim. 15) Theobald Fischer, Gerbermeister von Gengenbach. 16) Karl Kujel, Medizinalrath von Karlsruhe. 17) Friedrich Mathis, Kaufmann von Karlsruhe. 18) Philipp Kapfenberger, Alderwirth von Rastatt. 19) Georg Dörenbacher, Gemeinderath von Gengenbach. 20) Wendelin Rulh, Bürgermeister von Dierwasfer. 21) Karl Bivell, Kaufmann von Wolfach. 22) Philipp Gay, Bürgermeister von Auerbach. 23) Adolph Weiß, Gastwirth von Baden. 24) Wilhelm Lotzer, Apotheker von Eppingen. 25) Samuel Fingado, Handelsmann von Lahr. 26) Johann Georg Schmidt, Eisenhändler von Durlach. 27) Heinrich Klipp, Apotheker von Bruchsal. 28) Karl Greif, Fabrikant von Pforzheim. 29) Karl Geisler, Holzgerber von Breiten. 30) Karl Fried, Landwirth von Blankenloch. 31) Wilhelm Gorenflo, Gastwirth von Friedrichsthal. 32) August Ungerer, Kaufmann von Pforzheim. 33) Joh. Wanderstein, Apotheker von Langenbrücken. 34) Heinrich Meuler, Fabrikant von Lichtenau. 35) Franz Glüherr, Handelsmann von Wülfl. 36) Franz Alex. Klehe, Hauptmann a. D. in Rheinbischöfsheim.

II. Ersatzgeschworne: 1) Franz Mathäus Fuchs, Gemeinderath. 2) Jakob Belloja, Komitor. 3) Friedrich Barth, Stützungsverwalter. 4) Georg Kappelhöfer, Bäckermeister. 5) Peter Franz, Gastwirth. 6) Philipp Anderer, Maurermeister. 7) David Felschmann, Buchbinder. 8) Johann M. Becker, Privatmann. Sämmtlich von Bruchsal.

Der Anfang der Sitzung ist auf den 23. März l. z. festgesetzt, und wird dieselbe wohl eine Woche dauern, da fünf bis sechs Fälle zur Verhandlung kommen werden, worunter sich voraussichtlich auch eine Anklage wegen Mords befinden wird.

* **Mannheim, 25. Febr.** Heute wurde seit kurzer Zeit die dritte Trauung zwischen jüdischen und christlichen Ehegatten durch die Amtsbehörde, vertreten durch Ammann Dr. Pfeifer, vorgenommen. Bald war der Bräutigam Christ, bald Jude. Nächsten Sonntag erfolgt wieder die Verknüpfung einer solchen Ehe auf der Rathhaus-treppe durch den Bürgermeister. Schwierigkeiten wegen Eintrags im Geburts-beziehungswesen sind bis jetzt noch nicht vorgekommen, da das eine Paar, welches schon Nachkommenchaft hat, dieselbe im jüdischen Bekenntniß, welchem der Vater angehört, anerkennen läßt.

† **Mannheim, 26. Febr.** Als ein „unabweisbares Bedürfnis“ unserer Stadt hat Hr. C. Herold dahier eine Versteigerungsausschreibung begründet, in welcher alle Gegenstände freien Verkehrs von Zeit zu Zeit ausgetrieben werden sollen. — Das trefflich ausgestattete Programm der zweiten musikalischen Akademie unter B. Lachner's Leitung enthält u. A. auch zwei Vokalcompositionen eines jungen hiesigen Lyceisten, Lachner's Zögling, C. Deurer, der in musikalischen Kreisen schon durch eine Preis-Londichtung bekannt geworden ist: „Die Hochzeitnacht“, Ballade von Eichendorff, und „Frühling und Liebe“, von Hoffmann v. Fallersleben; beide gesungen von Frau Michaelis-Nimbs, unter erster ersten dramatischen Sängerin am großh. Hoftheater.

Freiburg, 26. Febr. (Freib. Ztg.) Eine heute im hiesigen städtischen Rathhauseaal stattgehabte bürgerliche Trauung zog ziemlich viele Neugierige an. Die Geschließung hatte nach Anordnung großh. Regierung des Oberkreises durch das großh. Stadtmag. dahier zu geschähen. Stadtdirektor Faller war dabei durch Stadtmann Freil vertreten, welcher den Akt in sehr würdiger Weise vornahm.

Schiltach, im hintern Kinzigthal, 23. Febr. (Freibr. Kur.) Gestern fand dahier die seltene Feier einer goldenen Hochzeit statt. Die beiden Jubilare, Ludwig Dörner und seine Ehefrau, früher mit dem Betrieb der Filzerei und des Holzhandels beschäftigt, hatten den Wechsel irdischer Verhältnisse manchfach an sich erfahren. Er. Königl. Hoheit der Großherzog ließ ihnen ein schönes Gnadengeschenk zustellen. Die Gemeinde betheiligte sich an der Feier in zahlreicher Weise. — Mit unserm Telegrafen geht es nun vorwärts; der Draht ist schon über Schiltach hinausgezogen und wird die Eröffnung Anfangs März erwartet.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kordenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 1. März. 1. Quartal. 29. Abonnementsvorstellung. Die Sagenotten; große Oper in 5 Akten, von Meyerbeer.

